

# **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

**modus** | zad



organization for  
the prevention  
of violence

## Über PreP-Ex

Dieser Leitfaden ist im Rahmen des Projekts PreP-Ex (Preparing Practitioners for the Rising Threat of Anti-Authority Extremism) entstanden, das Souveränismus in Deutschland und Anti-Authority-Extremismus in Kanada untersucht. Die Forschung basiert auf Interviews mit Expert\*innen aus verschiedenen Bereichen, darunter Berater\*innen, Behörden und Strafverfolgungsbehörden. Um unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen, wurden auch Personen befragt, die selbst souveränistische und anti-authority Überzeugungen teilen. Zudem wurde eine Online-Umfrage mit Familienangehörigen, Freund\*innen und nahestehenden Personen durchgeführt.

- Neben diesem Leitfaden bietet ein detaillierter **Forschungsbericht** eine tiefere Analyse des Phänomens in Deutschland und Kanada und stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus. Es werden unter anderem die Ideologie, Gründe für die Hinwendung und Distanzierung sowie Risiken und Gefahren beleuchtet.
- Zudem wurde ein **Policy Brief** erarbeitet, der politische Empfehlungen zur Prävention von Souveränismus und Anti-Authority Extremismus enthält.

## Disclaimer

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und Empfehlungen beruhen auf öffentlich zugänglichen Informationen und den Forschungsergebnissen des Projekts PreP-Ex. Sie spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Personen oder Institutionen wider, die die Finanzierung dieses Projekts ermöglicht haben.

## Danksagung

Unser herzlicher Dank gilt dem Canada Centre for Community Engagement and Prevention of Violence bei Public Safety Canada. Das Projekt PreP-Ex konnte dank der finanziellen Unterstützung durch den Community Resilience Fund von Public Safety Canada realisiert werden. Wir sind sehr dankbar für die wertvolle Zeit und das Fachwissen, das uns zahlreiche Expert\*innen aus Wissenschaft, Beratungsarbeit, Recht, Sicherheit und Verwaltung im Rahmen dieses Projekts zur Verfügung gestellt haben und für alle Gespräche, die im Rahmen von PreP-Ex geführt wurden. Diese Beiträge waren entscheidend für die Qualität und Tiefe unserer Arbeit.

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
Über den Phänomenbereich Souveränismus und Anti-Authority Extremism	4
Typische Verhaltensmuster	5
Hinwendungsgründe	6
<b>Umgang mit Souveränismus und Anti-Authority Extremism</b>	<b>7</b>
<b>1 Berater*innen und psychosoziale Fachkräfte</b>	<b>7</b>
Individuen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen	7
Barrieren auf dem Weg zur Beratung	7
Herausforderungen in der Beratung	8
Hilfreiche Herangehensweisen für die Beratungsarbeit	9
Tipps für Berater*innen und psychosoziale Fachkräfte	11
<b>Das soziale Umfeld</b>	<b>14</b>
Herausforderungen für das soziale Umfeld	14
Tipps für das soziale Umfeld	16
<b>2 Behörden</b>	<b>18</b>
Typische Verhaltensweisen	19
<b>Umgang mit Anhänger*innen</b>	<b>22</b>
Vorbereitungen	22
Klare Kommunikation	23
Verhaltensweisen und Taktiken abwehren	24
<b>Handlungskompetenz verbessern</b>	<b>26</b>
<b>3 Polizei und Sicherheitsbehörden</b>	<b>27</b>
Typisches Verhalten bei polizeilichen Maßnahmen	27
<b>Ansätze und Strategien</b>	<b>28</b>

# Einleitung

Bewegungen wie „Reichsbürger\*innen“ in Deutschland oder „Freemen-on-the-Land“ in Kanada lehnen die Legitimität des Staates ab und stellen eine wachsende Herausforderung für demokratische Gesellschaften dar. Ihr konfrontatives Verhalten und tiefes Misstrauen gegenüber Institutionen gehen nicht nur für die Anhänger\*innen selbst mit einem großen Risiko einher, sondern gefährden auch den sozialen Zusammenhalt und die öffentliche Sicherheit.

Dieser Leitfaden enthält Empfehlungen und praktische Beispiele für den Umgang mit Personen, die souveränistische und anti-authority<sup>1</sup> Überzeugungen vertreten. Es ist speziell auf Berater\*innen, Behörden sowie Strafverfolgungsbehörden zugeschnitten, also auf diejenigen, die bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit am ehesten mit diesen Personen und deren sozialen Umfeld in Kontakt kommen. Um Anhänger\*innen gut begegnen zu können, ist es wichtig, Fachkräfte mit hilfreichen Strategien auszustatten. Auch wenn dieser Leitfaden auf die oben genannten Berufsgruppen ausgerichtet ist, kann es ebenso für all diejenigen hilfreich sein, die mit Anhänger\*innen in anderen Kontexten in Berührung kommen.

Dieser Leitfaden gibt einen kurzen Überblick über das Phänomen, indem er die wichtigsten Merkmale und Verhaltensweisen der Anhänger\*innen darstellt. Es führt mögliche zugrundeliegende Motivationen auf und bietet Einblicke in typische Verhaltens- und Kommunikationsweisen, um diese besser zu verstehen. Darüber hinaus werden praktische Ansätze und Strategien vorgestellt, die im Kontakt mit Anhänger\*innen angewendet werden können. Welcher Ansatz oder welche Strategie geeignet ist, hängt stark vom Kontext ab. So sollten z. B. Faktoren wie institutionelle oder organisatorische Ziele sowie die Persönlichkeit, Ressourcen und der aktuelle Zustand der beteiligten Personen mitgedacht werden. Infolgedessen können einige Empfehlungen widersprüchlich erscheinen: Ein Ansatz, der bei einer Person wirksam ist, kann bei einer anderen kontraproduktiv sein. Es liegt also immer im fachlichen Ermessen der jeweiligen Person, zu entscheiden, welche Ansätze in welchem Kontext am besten geeignet sind.

Dieser Leitfaden gibt spezifische Empfehlungen für:

- **Berater\*innen und psychosoziale Fachkräfte**, die Unterstützung bieten und Interventionen durchführen, um das mentale, emotionale und soziale Wohlbefinden von Klient\*innen und ihren Familien zu verbessern. Darunter fallen verschiedene Berufsgruppen wie z.B. Sozialarbeiter\*innen, Psycholog\*innen und Psychotherapeut\*innen. Es handelt sich um Fachkräfte, die Menschen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen begleiten bzw. darin unterstützen, sich von der Ideologie zu lösen (im Folgenden als „Distanzierung“ bezeichnet), und die auch deren Familienangehörigen, Freund\*innen und engen Bezugspersonen zur Seite stehen.

---

<sup>1</sup> Anti-Authority Extremism ist der Begriff, der im kanadischen Kontext für das Phänomen bevorzugt verwendet wird.

- **Behörden**, also Mitarbeiter\*innen in öffentlichen Institutionen und Verwaltungen, die bei ihrer Arbeit auf Personen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen treffen können. Dazu zählen beispielsweise Fachkräfte in kommunalen Verwaltungen, im Gesundheitswesen, in der Kinder- und Jugendhilfe, bei Einwanderungsbehörden oder in Finanzämtern.
- **Strafverfolgungsbehörden**, dazu gehören Polizeibeamt\*innen, Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamts und des Justizvollzugs, die in Krisensituationen oder bei straf- oder zivilrechtlichen Konflikten mit diesen Personen oder ihren Familien zu tun haben.

## Über den Phänomenbereich Souveränismus und Anti-Authority Extremism

Im Zentrum von Souveränismus und Anti-Authority Extremism steht die grundlegende Ablehnung des Staates, der als illegitim, korrupt oder unterdrückerisch wahrgenommen wird. Damit einher geht ein tiefes Misstrauen gegenüber Regierungen, etablierten Institutionen und Autoritäten. Über diesen gemeinsamen Kern hinaus ist die Ideologie stark zersplittert: Sie kann an verschiedene nationale, politische, soziale oder kulturelle Kontexte angepasst werden.

Verschwörungserzählungen bilden einen Kernbestandteil souveränistischer und anti-authority Narrative und verknüpfen sich oft mit esoterischen oder spirituellen Ideen. Sie können beispielsweise als Einstieg in die souveränistische und anti-authority Ideologie dienen, insbesondere bei der Deutung von Gesundheitsthemen. Dies zeigte sich besonders während der COVID-19-Pandemie, als souveränistische und anti-authority Narrative stark an Bedeutung gewannen und Ängste rund um Impfungen und andere medizinische Behandlungen von der Bewegung instrumentalisiert wurden. Darüber hinaus überschneiden sich diese Weltbilder häufig mit rechtsextremen, antisemitischen, rassistischen und anti-2SLGBTQIA+<sup>2</sup> Haltungen, was zu Ausgrenzungen und Abwertungen führt.

Souveränistische und anti-authority Bewegungen können sich je nach lokalem, nationalem oder regionalem Kontext unterscheiden. In Nordamerika bezeichnen sich viele Anhänger\*innen selbst als „Sovereigns“, „Freemen“ oder „State Citizens“ (in Bezugnahme auf die Provinzen und Territorien Kanadas). In Deutschland werden sie meistens als „Reichsbürger\*innen“ oder „Selbstverwalter\*innen“ bezeichnet, auch wenn Anhänger\*innen selbst Begriffe wie „freie Menschen“, „Menschenrechtler“, „Schicksalsgemeinschaft“ oder „Erwachte“ verwenden.

---

<sup>2</sup> 2SLGBTQIA+: Akronym, das u. a. von der [Regierung von Kanada](#) genutzt wird; es steht für Two-Spirit, Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex, Asexual sowie das „+“ für weitere sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Typische Überzeugungen, die sich in diesen Bewegungen finden, sind:

- Die Regierung ist illegitim oder illegal.
- Die Regierung wurde von bösartigen Akteur\*innen unterwandert oder ersetzt.
- Es besteht keine rechtliche Verpflichtung, staatlichen Anordnungen wie dem Zahlen von Steuern oder Gebühren nachzukommen.
- Staatliche Behörden, einschließlich der Polizei, haben keine rechtliche Befugnis.
- Die illegitime Regierung versucht, die Bevölkerung im Rahmen einer versteckten Agenda oder Verschwörung zu manipulieren oder auszubeuten.

## Typische Verhaltensmuster

Der Umgang und die Kommunikation mit Personen, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten, können herausfordernd sein. Das liegt vor allem in der Struktur der Ideologie und ihrem tiefen Misstrauens gegenüber allen, die sie als Vertreter\*innen des Staates wahrnehmen. Anhänger\*innen glauben oft, im Besitz einer verborgenen „Wahrheit“ zu sein, und begegnen allen, die ihre Ansichten infrage stellen, mit Skepsis. Das führt zu einer unkooperativen Grundhaltung. Anhänger\*innen lassen sich nur schwer auf Gespräche ein, die ihre Weltsicht hinterfragen.

In manchen Fällen sind Personen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen sehr konfrontativ. Das spiegelt sich in Verhaltensweisen wie Drohungen, Provokationen oder Gewalt wider, um ihre Ansichten durchzusetzen. Die Art und Weise, wie Anhänger\*innen kommunizieren, ist oft einseitig und behrend. Sie versuchen, andere zu überzeugen oder sogar zu „bekehren“. Das erschwert Gespräche erheblich, da Anhänger\*innen dazu neigen, Diskussionen zu dominieren und kaum Raum für einen Dialog lassen. Statt für Austausch nutzen sie Gespräche häufig als Bühne, um ihren Frust abzulassen oder ihre Ansichten ungefiltert zu äußern.

Neben diesen allgemeinen Tendenzen zeigen Menschen mit souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen spezifische Verhaltensweisen gegenüber Berater\*innen und psychosozialen Fachkräften, Verwaltungsbehörden sowie Polizei und Sicherheitsbehörden, die in den nachfolgenden Abschnitten näher beschrieben werden.

## Hinwendungsgründe

Im Kontakt mit Personen, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten, ist es hilfreich, die möglichen Motivationen hinter ihrem Verhalten zu verstehen. Personen wenden sich aufgrund eines komplexen Zusammenspiels von persönlichen, sozialen, psychologischen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Faktoren Souveränismus und Anti-Authority Extremismus zu. Die Hinwendung kann durch persönliche Krisen, biographische Brüche oder Wendepunkte im Leben einer Person ausgelöst oder verstärkt werden. Ihre Ideologie wurzelt oft in einer tief sitzenden Angst oder Überzeugung, dass Behörden und etablierte Institutionen wie Medien und Gesundheitssysteme eine direkte Bedrohung für ihr Wohlbefinden darstellen, was zu defensivem Verhalten oder in seltenen Fällen zu Gewalt führen kann.

Aus dem Glauben heraus, die verborgene „Wahrheit“ zu kennen, fühlen sich die Personen häufig verpflichtet, andere zu schützen oder „aufzuklären“ und sehen sich selbst als Verteidiger\*innen der „richtigen“ Werte. Dabei erkennen sie oft nicht, dass ihre Überzeugungen und Handlungen nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihr soziales Umfeld schädlich sind.

Teilweise sind erhoffte persönliche oder finanzielle Vorteile ein Grund dafür, sich souveränistischen und anti-authority Weltbildern zuzuwenden, beispielsweise um zu rechtfertigen, keine Steuern mehr zahlen zu müssen oder rechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen zu müssen. Darüber hinaus können souveränistische und anti-authority Überzeugungen wie andere verschwörungsideologische oder extremistische Ideologien psychologische Vorteile bieten, indem sie das Selbstwertgefühl stärken, komplexe gesellschaftliche Probleme vereinfachen und ein empfundenes Gefühl von Bedeutung, Status, Kontrolle und Sicherheit vermitteln. Dies wird oft von dem Glauben begleitet, für eine „edle“ Sache zu kämpfen. Die Schwierigkeit dabei, diese Überzeugungen zu hinterfragen oder aufzugeben, liegt darin, dass die betroffene Person dabei die vermeintlichen Vorteile und auch einen Teil ihrer Identität verlieren würde.

# Umgang mit Souveränismus und Anti-Authority Extremism

Berater\*innen und psychosoziale Fachkräfte, Verwaltungsbehörden sowie Polizei und Strafverfolgungsbehörden gehören zu den Berufsgruppen, die im Rahmen ihrer Arbeit mit Personen in Kontakt kommen, die souveränistischen und anti-authority Ideologien anhängen. Die folgenden Abschnitte konzentrieren sich auf die möglichen Herausforderungen, mit denen diese spezifischen Berufsgruppen konfrontiert werden, und beleuchten Ansätze und Strategien, die hilfreich sein können.

## 1 Berater\*innen und psychosoziale Fachkräfte



**Berater\*innen und psychosoziale Fachkräfte** bieten Unterstützung und Betreuung oder Interventionen an, um das mentale, emotionale und soziale Wohlbefinden von Einzelpersonen und Familien zu verbessern. Dazu gehören unter anderem Sozialarbeiter\*innen, Psychotherapeut\*innen und Psychologinnen. Beratungs- und psychosoziale Unterstützungsangebote richten sich oft auch an Familienangehörige, Freund\*innen und enge Kontaktpersonen, die durch die Überzeugungen einer nahestehenden Person negativ belastet sind. Häufig sind es die Familienmitglieder, die Unterstützung suchen, um mit der emotionalen und zwischenmenschlichen Belastung umzugehen, die durch souveränistische und anti-authority Überzeugungen entstehen.

## **Individuen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen**

### Barrieren auf dem Weg zur Beratung

#### ***Tiefes Misstrauen gegenüber dem Staat***

- Viele Personen, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten, sehen Beratung und andere Formen psychosozialer Unterstützung als Verlängerung staatlicher Kontrolle oder Autorität und vertrauen ihnen daher nicht.

► Zum Beispiel betrachten sie Beratungs- oder psychosoziale Fachkräfte als staatliche Akteur\*innen, die versuchen, ihre Überzeugungen zu manipulieren oder Handlungen zu beeinflussen.

- Dieses Misstrauen kann sich auch auf gemeinnützige Organisationen ausdehnen, insbesondere dann, wenn diese staatliche Fördermittel erhalten oder sie diese mit staatlicher Politik oder Erzählungen etablierter Institutionen in Verbindung bringen.

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

## ***Stigma, professionelle Hilfe zu suchen***

- Unterstützung im Bereich psychischer Gesundheit in Anspruch zu nehmen, ist in vielen Teilen unserer Gesellschaft stigmatisiert oder wird als Schwäche gesehen. Innerhalb der souveränistischen und anti-authority Bewegung ist dieses Stigma teilweise noch ausgeprägter.
- Hilfe anzunehmen, wird von anderen in der Bewegung möglicherweise als Zeichen der Unterwerfung gegenüber genau diesem System gesehen, dem sie sich entgegenstellen wollen.

## ***Unterstützung wird nicht als notwendig gesehen***

- Viele Anhänger\*innen halten psychosoziale Unterstützung für überflüssig, da sie ihre eigene Weltanschauung als legitim und nicht als problematisch ansehen.
- Anstatt sich selbst zu reflektieren und persönliche Schwierigkeiten anzuerkennen, schieben viele die Verantwortung von sich und führen ihre Probleme auf staatliche Unterdrückung oder Korruption zurück.
- Souveränistische und anti-authority Ideologien betonen Werte wie Selbstversorgung und Eigenständigkeit. Das führt auch häufig zur Isolation und steht im direkten Widerspruch dazu, externe Hilfe anzunehmen.
- Von der Strafjustiz angeordnete Unterstützungsmaßnahmen sind nicht intrinsisch motiviert und geschehen im Zwangskontext.

## **Herausforderungen in der Beratung**

### ***Vertrauensaufbau***

- Viele Personen, die diese Überzeugungen vertreten, hegen ein tiefes Misstrauen gegenüber Autoritätspersonen, einschließlich Berater\*innen und psychosozialer Fachkräfte, und sehen sie entweder als „Handlanger\*innen“ des Staates oder als vom etablierten System indoktriniert, gegen das sie sich stellen.
- Die Personen hinterfragen oft die Absichten von Berater\*innen und psychosozialen Fachkräften, was eine sinnvolle Zusammenarbeit und Fortschritte erschwert.
- Wenn Beratungen oder psychosoziale Unterstützungsangeboten im Zwangskontext stattfinden, weil Anhänger\*innen gesetzlich dazu verpflichtet sind (z. B. im Rahmen einer gerichtlichen Anordnung), beschränken diese häufig ihre Mitwirkung auf das unbedingt Notwendige, um ihrer rechtlichen Verpflichtung nachzukommen.

## ***Herausforderungen in der Kommunikation***

- Manche Personen sprechen übermäßig viel über ihre Überzeugungen und dominieren Gespräche, während sie wenig Interesse an den Antworten der Berater\*innen zeigen, was die Gespräche unproduktiv und einseitig macht.
- Viele legen den Fokus darauf, zu belehren, zu debattieren oder „aufzuklären“, statt zuzuhören und zu reflektieren.
- Die Art und Weise, wie Anhänger\*innen ihre Gedanken ausdrücken, kann unzusammenhängend oder verschachtelt erscheinen oder mit pseudojuristischem und verschwörungsideologischem Vokabular durchsetzt sein, was es erschwert, dem Gespräch zu folgen und sich darauf einzulassen.
- Wenn Anhänger\*innen tief in ihren Überzeugungen gefestigt sind, kann es sein, dass sie sich wiederholen und Schwierigkeiten haben, in den Sitzungen bei dem Thema zu bleiben.

## ***Aggressives Verhalten, Überlegenheitsgefühl und Veränderungsresistenz***

- Anhänger\*innen können zu selbstgerechten Verhalten und Überlegenheitsgefühlen neigen, da sie der Meinung sind über „geheimes“ Wissen zu verfügen. Dies erschwert selbstreflexives Denken.
- Manche Anhänger\*innen zeigen feindseliges und aggressives Verhalten, wenn ihre Überzeugungen infrage gestellt werden, was eine unangenehme oder bedrohliche Atmosphäre für Berater\*innen und psychosoziale Fachkräfte schaffen kann.
- Fehler einzugestehen kann besonders schwierig sein, wenn die eigene Identität eng mit der Ideologie verknüpft ist. Ein Infragestellen fühlt sich demnach wie ein Identitätsverlust an.
- Die eigenen Überzeugungen zu hinterfragen, kann zunehmend emotional schmerzhaft und destabilisieren sein, insbesondere wenn die Person viel investiert bzw. persönliche oder finanzielle Verluste gemacht hat.

- ▶ Zum Beispiel verschulden Anhänger\*innen sich, um pseudojuristische Kurse zu bezahlen, oder erhalten erhebliche Geldstrafen, weil sie Steuern und Gebühren nicht bezahlen.

## **Hilfreiche Herangehensweisen für die Beratungsarbeit**

Die folgenden Herangehensweisen können hilfreich sein, um sich auf Interaktionen mit Personen vorzubereiten, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten.

- Geduld sowie eine urteilsfreie Haltung sind grundlegend, um mit Anhänger\*innen zu kommunizieren und einen sicheren Raum zu schaffen, in dem sie sich öffnen können.

- Es ist wichtig zu erkennen, dass diese Ideologie nicht nur der Gesellschaft und dem sozialen Umfeld schadet, sondern auch den Anhänger\*innen selbst.

- ▶ Zum Beispiel können Anhänger\*innen finanzielle oder rechtliche Konsequenzen aufgrund ihres Verhaltens erfahren, das auf ihrer Ideologie basiert.

- Das Verhalten und die Überzeugungen der Person können als Bewältigungsmechanismen für persönliche Erfahrungen und Herausforderungen dienen. Berater\*innen können sich bewusst machen, dass es oft psychosoziale Gründe gibt, die dazu führen, dass Personen sich diesen Überzeugungen öffnen. Es kann wichtig sein, diese Gründe zu adressieren.

- ▶ Zum Beispiel kann eine Person, die durch eine staatliche Mitarbeiter\*in Diskriminierung erlebt hat, der Überzeugung sein, dass die gesamte Regierung diskriminierend handelt. Der Person dabei zu helfen, diese Erfahrung zu verstehen, kann dazu beitragen, die zugrundeliegende Verletzung aufzuarbeiten, die für die Hinwendung zu der Ideologie mitverantwortlich ist.

- Die Förderung von Resilienz sollte im Fokus stehen, um mit Krisen und Widrigkeiten passend umgehen zu können und sich von ihnen zu erholen.

- ▶ Zum Beispiel kann eine Person aufgrund widriger Umstände schädliche Bewältigungsstrategien entwickelt haben. Hierbei ist es wichtig, gesündere Alternativen außerhalb ihrer souveränistischen und anti-authority Überzeugungen zu identifizieren und zu fördern.

- Die Bedürfnisse der Person zu berücksichtigen und sie dort abzuholen, wo sie steht, kann entscheidend für eine vertrauensvolle Beziehung und Zusammenarbeit sein.
- Kleine Fortschritte sollten anerkannt und wertgeschätzt werden, wobei zu beachten ist, dass Fortschritte langsam, schrittweise und nicht-linear verlaufen können.
- Die Arbeit mit Anhänger\*innen kann herausfordernd sein. Es ist wichtig, regelmäßig Supervision oder professionelle Beratung im Austausch mit Kolleg\*innen und anderen Fachkräften zu nutzen, um Unterstützung zu erhalten, neue Erkenntnisse zu gewinnen und Überlastung vorzubeugen.
- Das Einhalten klarer persönlicher und professioneller Grenzen ist im Umgang mit Anhänger\*innen wichtig. Dies schützt die eigene professionelle Rolle, einen konstruktiven und respektvollen Interaktionsrahmen und die eigene psychische und emotionale Gesundheit.

## **Tipps für Berater\*innen und psychosoziale Fachkräfte**

Die folgenden Strategien und Ansätze können im direkten Kontakt mit Personen hilfreich sein, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten.

### ***Klare und konstruktive Kommunikation***

- Ein klarer und konstruktiver Gesprächsrahmen kann helfen, Abschweifungen zu vermeiden. Das kann z. B. erreicht werden, indem an die zur Verfügung stehende Zeit, die relevanten Themen und die Gründe für die Unterstützung erinnert wird.

▶ Wichtig ist dabei, ein Gleichgewicht zu finden zwischen klaren Grenzen, um feindseligem Verhalten vorzubeugen, und zugleich ausreichend Flexibilität, damit ehrliche Fragen und Antworten möglich bleiben.

- Das eigene Vorgehen und die Art der Kommunikation sollten kontinuierlich überprüft und angepasst werden.
- Im Allgemeinen gilt: Wenn möglich sollte vermieden werden, sich auf Debatten über souveränistische und anti-authority Überzeugungen einzulassen. So kann besser gewährleistet werden, dass der Fokus auf den Bedürfnissen der Person gerichtet bleibt.

▶ In manchen Fällen kann es jedoch hilfreich sein, über diese Überzeugungen zu sprechen, etwa indem Berater\*innen Gegenargumente anbieten, Fragen stellen, die zum Nachdenken über die eigenen Ansichten anregen, alternative Perspektiven aufzeigen oder falsche Annahmen richtigstellen. Dies sollte mit Neugier und Wohlwollen geschehen, um die Konstruktivität des Gesprächs zu wahren, vor allem dann, wenn genügend Vertrauen aufgebaut wurde und die Person sich dafür öffnen kann.

### ***Respekt und ein kooperatives Miteinander***

- Es ist wichtig, der Person respektvoll zu begegnen und ihre Erfahrungen ernst zu nehmen, auch wenn die Überzeugungen von den eigenen stark abweichen. Das bildet die Grundlage für eine funktionierende Arbeitsbeziehung.
- Es ist wichtig, die Gefühle und Sorgen der Person anzuerkennen, ohne dabei ihre ideologischen Überzeugungen zu bestätigen. Eine vertrauensvolle Beziehung kann besser aufgebaut werden, indem die Person getrennt von ihren Überzeugungen gesehen wird.
- Eine neutrale und unpolitische Sprache zu verwenden, kann dabei helfen, ideologische Debatten zu vermeiden.
- Es kann hilfreich sein, die Bezeichnungen zu übernehmen, die die Person für sich selbst verwendet. Dies schafft ein offeneres und weniger konfrontatives Gesprächsklima. Gleichzeitig sollten Fremdbezeichnungen vermieden werden, da diese unbeabsichtigt stigmatisieren oder ein „Wir gegen die“-Denken verstärken können.

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

▶ Zum Beispiel: Wenn sich eine Person nicht ausdrücklich als „Reichsbürger\*in“ oder „Sovereign Citizen“ bezeichnet, kann die Verwendung solcher Begriffe ein Schwarz-Weiß-Denken fördern und einen konstruktiven Dialog erschweren.

- Bei unklaren Begriffen macht es Sinn, um Klärung zu bitten. So kann sichergestellt werden, dass über dieselben Konzepte gesprochen wird.

▶ Zum Beispiel: „Ich habe dich mehrmals das Wort ‚autark‘ sagen hören und möchte sicherstellen, dass ich dich richtig verstehe. Kannst du mir mehr dazu erzählen, was du darunter verstehst?“

### ***Auf die Person und ihre Bedürfnisse eingehen***

- Anstatt sich auf die Überzeugungen der Person zu konzentrieren, sollte das Wohlbefinden und der emotionale Zustand der Person in den Vordergrund gestellt werden. Ein konstruktives Gespräch kann gefördert werden, indem der Fokus auf den persönlichen Erfahrungen, Herausforderungen und Beschwerden gelegt wird, die zu den Überzeugungen der Person führ(t)en.
- Gespräche können behutsam zurück auf die persönlichen Bedürfnisse und Gefühle der Person gelenkt werden, auch wenn sie versucht, das Gespräch wieder auf ideologische Debatten zu lenken. Ein ressourcenorientierter Ansatz und ein wohlwollendes Vorgehen können dabei hilfreich sein. Beispiele:

- ▶ „Warum ist es dir wichtig, an ... zu glauben?“
- ▶ „Was beschäftigt dich gerade in deinem Leben?“
- ▶ „Was ist dir am wichtigsten?“
- ▶ „Welche Aspekte deines Glaubenssystems funktionieren gut für dich und warum?“

- Manchmal kann es hilfreich sein, der Person Raum zu geben, um Frustration abzulassen. Hier ist es allerdings wichtig, das Gespräch wieder auf andere Themen zurückzuführen.
- Auf tatsächliche und empfundene Sorgen sollte empathisch reagiert werden. Die Sorgen anzuerkennen, ohne die ideologischen Überzeugungen zu bestätigen, schafft Vertrauen und gibt der Person das Gefühl, verstanden zu werden.
- Der Fokus kann auf praktische Probleme gelegt werden, die durch die Ideologie und das daraus resultierende Verhalten entstehen. Gemeinsam können Lösungen dafür erarbeitet werden. Dazu müssen die entsprechenden Probleme identifiziert und angesprochen werden, was jedoch wiederum Frustration auslösen kann, z. B. wenn die Person aufgrund ihrer Überzeugungen finanzielle oder rechtliche Schwierigkeiten hat. Unterstützung in diesen Bereichen kann helfen, Sorgen zu mindern. Zum Beispiel:

- ▶ Unterstützung bei der Finanzplanung und Ausbau der Finanzkompetenz kann Stress reduzieren und bestenfalls Frust und Misstrauen gegenüber der Regierung abbauen.
- ▶ Unterstützung bei rechtlichen Prozessen wie Vorbereitung und Begleitung zu Gerichtsterminen, Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und Vermittlung zu passenden juristischen Unterstützungsangeboten, kann konkrete Probleme verbessern.

### ***Selbstreflexion anregen***

- Es ist hilfreich, Selbstreflexion anzuregen, indem die Personen dazu ermutigt werden, die Ursprünge und Motivationen zu erkunden, die hinter ihren Überzeugungen liegen. Offene und wertfreie Fragen erleichtern den Einstieg.

- ▶ Zum Beispiel:
  - ▶ „Wer hat die Regeln in deiner Gruppe oder Bewegung aufgestellt und welche Gründe könnten dahinter liegen?“
  - ▶ „Wann hast du zum ersten Mal von ... gehört? Wo standest du damals in deinem Leben?“

- Hypothetische Szenarien können dazu anregen, tiefer zu reflektieren und über die realen Auswirkungen von souveränistischen und anti-authority Überzeugungen nachzudenken.

- ▶ Zum Beispiel: „Welche Auswirkungen hätte die praktische Umsetzung deiner Vorstellungen auf dich und andere?“

- Auf Widersprüche innerhalb des souveränistischen Weltbild hinzuweisen, kann es fördern, dieses kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren.
- Eine Option kann sein, schädliche Folgen des Verhaltens aufzeigen und verdeutlichen, wie diese Handlungen nicht nur der Person selbst, sondern auch ihrem sozialen Umfeld schaden.
- Hilfreich ist, positive Erfahrungen, die Anhänger\*innen im Rahmen ihrer souveränistischen und anti-authority Überzeugungen gemacht haben, anerkennen. Das können z. B. Beziehungen oder ein Gefühl von Zugehörigkeit und Sinn sein. Das Anerkennen positiver Aspekte neben den negativen hilft dabei, die Nuancen ihrer Erfahrung sichtbar zu machen und eine größere Toleranz für Ambiguität zu entwickeln.

### ***Distanzierung fördern***

- Ziel sollte sein, Anhänger\*innen dabei zu unterstützen, eine gesündere Identität zu entwickeln, indem Aspekte im Leben der Person anerkannt und in den Fokus gerückt werden, die über ihre souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen hinausgehen.

- ▶ Zum Beispiel: Die Person ermutigen, sich wieder mit anderen positiven Rollen zu identifizieren, etwa als Eltern, Partner\*in, Freund\*n oder Kolleg\*in.

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

- Schädliche Verhaltens- und Denkmuster können durch gesündere ersetzt werden.
  - ▶ Zum Beispiel: Ein neues Hobby aufnehmen oder ein früheres Hobby wiederbeleben, welches die Person aufgrund ihrer souveränistischen und anti-authority Überzeugungen aufgegeben hat.
- Es kann versucht werden, Anhänger\*innen an positive soziale Strukturen anzubinden, in denen sie außerhalb ihres Weltbilds Sinn, Unterstützung, Zugehörigkeit und Anerkennung finden können.
  - ▶ Zum Beispiel: alte oder neue Hobbys entdecken, Beziehungen zu Familie und Freund\*innen wieder aufbauen oder neue berufliche oder bildungsbezogene Möglichkeiten verfolgen.

## Das soziale Umfeld

Die Überzeugungen und Verhaltensweisen von Personen mit souveränistischen und anti-authority Ansichten können schwerwiegende Auswirkungen auf ihre Familie, Freund\*innen und nahestehende Kontaktpersonen haben. Das Ausmaß der Auswirkungen sowie die Art und Weise, wie die Betroffenen damit umgehen, variiert. Folgende Faktoren können dabei eine Rolle spielen: die Art der Beziehung (z. B. Partner\*in, Kind, Freund\*in, Kolleg\*in), die Persönlichkeit und Lebensumstände der Person sowie ihre persönlichen und emotionalen Kapazitäten.

Es kann sinnvoll sein, zu Beginn der Beratung über mögliche Risiken nachzudenken. Das gilt insbesondere dann, wenn anzunehmen ist, dass die Person mit souveränistischen und anti-authority Einstellungen negativ reagieren könnte, wenn sie davon erfährt, dass ein Familienmitglied, ein\*e Freund\*in oder enge Kontaktperson Beratung in Anspruch nimmt.

Familienmitglieder, Freund\*innen oder nahestehende Kontaktpersonen teilen möglicherweise die souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen, stimmen ihnen zu oder übernehmen sie sogar vollständig. Die folgenden Informationen und Empfehlungen richten sich vor allem an Personen aus dem sozialen Umfeld, die solche Überzeugungen nicht teilen und nach Wegen suchen, mit den daraus entstehenden Spannungen, Konflikten oder emotionalen Belastungen umzugehen.

## Herausforderungen für das soziale Umfeld

### ***Herausfordernde Kommunikation***

- Anhänger\*innen souveränistischer und anti-authority Überzeugungen können jegliche politische oder regierungsbezogene Themen nutzen, um das Gespräch auf diese Überzeugungen oder auf Verschwörungsglauben zu lenken.

---

## Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

- Widerspruch oder Gegenargumente zu souveränistische und anti-authority Überzeugungen werden von Anhänger\*innen oft als persönliche Angriffe wahrgenommen, was zu einer Abwehrhaltung führt.
- Rationale Argumente sind häufig wirkungslos, was für Personen aus dem sozialen Umfeld emotional erschöpfend ist und es erschwert, geduldig zu bleiben.
- Personen aus dem sozialen Umfeld sind von den wiederholten Versuchen, sie von souveränistischen oder anti-authority Einstellungen zu überzeugen, oft frustriert und überfordert.
- Gespräche eskalieren häufig in verbale Auseinandersetzungen und Konflikte.

### ***Psychische Belastung***

- Familienangehörige, Freund\*innen und enge Bezugspersonen kämpfen häufig mit einer Vielzahl schwieriger Emotionen, darunter Angst, Wut, Traurigkeit, Hilflosigkeit, Schuld, Scham und einem Gefühl der Entfremdung.
- Viele haben das Gefühl, in zwei getrennten Realitäten zu leben oder eine bedeutsame Person in ihrem Leben verloren zu haben. Dies trifft besonders zu, wenn die Person ihre souveränistischen und anti-authority Überzeugungen erst kürzlich übernommen oder vertieft hat.
- In Eltern-Kind-Beziehungen:
  - Kinder können aufgrund der souveränistischen und anti-authority Weltanschauung ihrer Eltern mit einem Gefühl von Angst und Unsicherheit aufwachsen.
  - Kinder können sich zunehmend im Widerspruch zu Umgebungen fühlen, die nicht mit der Weltanschauung ihrer Eltern übereinstimmen.

▶ Zum Beispiel kann die Perspektive von Lehrkräften oder anderen Schüler\*innen in der Schule den zu Hause vermittelten Überzeugungen widersprechen. Dies kann zu Verwirrung, emotionaler Unsicherheit führen und die Identitätsentwicklung negativ beeinflussen.

- Mit zunehmendem Alter kann es vorkommen, dass Kinder beginnen, die Überzeugungen ihrer Eltern zu hinterfragen, was zu Gefühlen von Verrat oder Vertrauensverlust gegenüber den Eltern führen kann.
- Diese Belastung kann die Bindung zwischen Eltern und Kindern schwächen und es Kindern erschweren, Unterstützung, Rat und emotionale Nähe bei den Eltern zu suchen.
- Kinder können die Überzeugungen ihrer Eltern übernehmen und diese innerhalb ihres sozialen Umfelds weitertragen.

## ***Folgen im alltäglichen Leben***

- Finanzielle oder rechtliche Schwierigkeiten können entstehen, wenn Personen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen sich weigern, Rechnungen, Hypotheken oder Steuern zu zahlen, was eine Belastung für ihre unmittelbare Familie darstellt.
- Die Verweigerung, staatliche Regelsysteme zu befolgen, kann negative Effekte auf Familienmitglieder wie Ehepartner\*innen oder Kinder haben.
  - ▶ Zum Beispiel können Eltern, die der Ideologie anhängen, sich weigern, notwendige medizinische Versorgung für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen, was zu gesundheitlichen Problemen oder Entwicklungsstörungen führen kann.

- Wenn Eltern sich weigern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und stattdessen Homeschooling durchführen, was in Kanada das gesetzliche Recht der Eltern ist, werden die Kinder von vielfältigen Perspektiven und sozialen Kontakten abgeschirmt und stärker den souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen der Eltern ausgesetzt.
- Wenn Kinder bei ihrer Geburt nicht registriert werden, kann dies erhebliche Folgen haben, darunter fehlender rechtlicher Schutz, eingeschränkter oder erschwerter Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie Schwierigkeiten bei der gesellschaftlichen Teilhabe.

## **Tipps für das soziale Umfeld**

- Wenn möglich kann der Kontakt zu der Person aufrechterhalten werden, indem der Fokus auf gemeinsamen Interessen und die emotionale Verbindung gelegt wird.
- Diskussionen über die Weltanschauung und Streitigkeiten sollten besser vermieden werden und Gespräche stattdessen auf neutrale Themen oder gemeinsame Interessen gelenkt werden.
- Es können klare Grenzen gesetzt werden, indem ausdrücklich benannt wird, über welche Themen nicht diskutiert werden soll.
- In den meisten Fällen ist es am besten, nicht zu versuchen, souveränistische und anti-authority Überzeugungen durch Debatten zu widerlegen, da Verschwörungserzählungen so aufgebaut sind, dass sie gegenüber logischen Gegenargumenten und Kritik resistent sind. Wenn möglich, kann aber versucht werden, interessierte Fragen oder alternative Perspektiven einzubringen, die kritisches Denken fördern, ohne die Überzeugungen direkt zu konfrontieren.

- ▶ Zum Beispiel können Fragen wie „Wie würde das Leben im Freistaat Preußen aussehen?“ oder „Welche Rechte und Freiheiten hätte ein souveränes Individuum?“ helfen, Widersprüche in ihrer Weltanschauung aufzuzeigen.

- Es ist sinnvoll, sich klar gegen problematische Aussagen oder Positionen zu stellen. Dies kann auch verhindern, dass unbeteiligte Personen wie z.B. Kinder, diese Ansichten als legitim wahrnehmen.
- Hilfe bei Problemen zu leisten, wie z.B. offene Rechnungen der Personen zu begleichen, kann unbeabsichtigt ihre souveränistische und anti-authority Überzeugungen und Handlungen bestärken.
- Idealerweise sollte eine Balance zwischen Empathie und Respekt auf der einen Seite sowie dem Wahren der eigenen Grenzen auf der anderen Seite gefunden werden.
- Wichtig ist, realistische Erwartungen zu haben und anzuerkennen, dass bedeutende Veränderungen nur langsam oder auch gar nicht eintreten werden.

### ***Bewältigungsstrategien***

- Selbsthilfegruppen (online oder in Person) können ein hilfreicher Raum sein, um über die Beziehung zu der Person und die dabei erlebten Emotionen zu sprechen.
- Wiederholter Kontakt mit souveränistischen und anti-authority Narrativen kann dazu führen, dass Familie, Freund\*innen und enge Kontaktpersonen ihre eigenen Ansichten hinterfragen. In solchen Fällen kann es hilfreich sein, diese Behauptungen kritisch zu prüfen und mit Hilfe von Debunking-Tools oder entsprechenden Informationswebsites zu widerlegen.
- Klare Grenzen zu setzen oder bestimmte Regeln zu vereinbaren, zum Beispiel hinsichtlich der Gesprächsthemen, kann es ermöglichen, die Beziehung fortzusetzen, ohne ständig über kontroverse Themen zu sprechen.

► Um eine neutralere Gesprächsdynamik aufrechterhalten zu können, kann zum Beispiel vereinbart werden, unterschiedliche Meinungen zu respektieren, ohne zu versuchen, die Ansichten der anderen Person zu ändern.

- In manchen Fällen können emotionale Belastungen besser bewältigt werden, indem der Kontakt verringert wird.
- Den Kontakt abubrechen, kann auch eine Option sein.

► Es sollte jederzeit möglich sein, sich aus der Beziehung zurückzuziehen, besonders wenn der Kontakt zu belastend ist und das eigene Wohlbefinden geschützt werden muss.

## 2 Behörden



Widerstand gegenüber der Regierung und (staatlichen) Institutionen ist ein zentraler Kern souveränistischer oder anti-authority Ideologien, denn diese werden von den Anhänger\*innen häufig als illegitim, rechtswidrig oder korrupt angesehen. Dieses Misstrauen richtet sich nicht nur gegen den Staat als solchen, sondern auch gegen dessen Vertreter\*innen: Mitarbeiter\*innen aus Verwaltungsbehörden, Jugendämtern oder auch Fachkräfte in Einrichtungen wie Krankenhäusern, Banken oder Versicherungen. Personen mit souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen zeigen sich ihnen gegenüber häufig feindselig oder verweigern die Kooperation. Das kann zu wiederholtem Kontakt mit Behörden führen und einen Teufelskreis aus Konfrontation und Konflikten befeuern. So kann z. B. die Weigerung, Bußgelder zu zahlen oder Schulden zu begleichen, in Maßnahmen wie Pfändungen oder Zwangsräumungen münden. Mitunter führen solche Eskalationen zu direkten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Die Kooperation mit Behörden zu verweigern, wird von Anhänger\*innen häufig als Selbstverteidigung verstanden. Während einige so versuchen, Kontrolle zurückzugewinnen oder Fehler bei den Behörden zu provozieren, handeln andere aus Angst oder empfundenem Misstrauen.

Mehrere Faktoren gestalten den Umgang mit Anhänger\*innen für Behörden besonders herausfordernd:

- **Rechtliche Verpflichtungen:** In einigen Fällen können Behörden Schreiben von Anhänger\*innen nicht einfach ignorieren, weil sie dazu verpflichtet sind, darauf einzugehen. Eine Reaktion kann jedoch – je nachdem, wie sie ausfällt – von den Anhänger\*innen als „Bestätigung“ ihrer Weltanschauung interpretiert werden. Umgekehrt kann das Ausbleiben einer Antwort als Schuldeingeständnis gewertet werden. Es ist daher in den meisten Fällen ratsam, mit standardisierten Formulierungen zu arbeiten, die sich auf die geltenden rechtlichen Verfahren berufen und die Anwendbarkeit oder Rechtmäßigkeit von Argumentationsmustern der Bewegung klar zurückweisen.
- **Begrenzte Ressourcen:** Zeitliche oder personelle Einschränkungen können die effektive Bearbeitung solcher Fälle erschweren.
- **Mangel an Rückendeckung:** Insbesondere Behördenmitarbeiter\*innen, die im direkten Kontakt mit Anhänger\*innen stehen, etwa in Gerichten, Sozialbehörden oder kommunalen Verwaltungen fühlen sich im Umgang mit schwierigen oder konfliktreichen Situationen häufig unzureichend unterstützt.
- **Unzureichende Schulungen:** Geringes Wissen über das Phänomen und fehlende Sensibilisierung erschweren es, in entsprechenden Situationen passend zu reagieren.

## Typische Verhaltensweisen

### ***Widerstand und Verweigerung***

Personen, die staatliche Autorität ablehnen, verhalten sich häufig widerständig, sind meist nicht-kooperativ und verweigern die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen.

- Anhänger\*innen können sich weigern, Teil des staatlichen Systems zu sein, und die daraus resultierende gesetzliche Pflichten ablehnen wie z. B. Steuern zu zahlen, Fahrzeuge anzumelden oder staatlich ausgestellte Ausweisdokumente wie den Führerschein zu beantragen.
- Häufig weigern sie sich, jeglichen Anweisungen oder Anordnungen Folge zu leisten. Dazu kann zählen:

- ▶ Gerichtsvorladungen oder Haftbefehlen nicht nachzukommen.
- ▶ behördliche Schreiben zu ignorieren und ihre Annahme oder Beantwortung zu verweigern.
- ▶ körperlichen Widerstand zu leisten, insbesondere in Situationen wie Pfändungen, Zwangsräumungen, Jugendamtsbesuchen oder bei der Beschlagnahmung von Waffen.

- Während der Interaktion mit Behörden oder staatlichen Beschäftigten kann es vorkommen, dass Anhänger\*innen:

- ▶ verlangen, mit einer vorgesetzten Person zu sprechen und Dienstaussweise oder Befugnisse nicht anerkennen.
- ▶ darauf bestehen, anders behandelt zu werden, weil geltende Verfahren oder Gesetze ihrer Ansicht nach nicht für sie gelten würden.

- Anhänger\*innen nutzen verschiedene Taktiken, um sich dem System zu entziehen oder ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat zu umgehen.

- ▶ In Deutschland kommt es z. B. vor, dass Personen keine Versicherungsbeiträge mehr zahlen. Das führt zu Schulden und weiteren Problemen.
- ▶ In Kanada kommt es z. B. vor, dass Personen Räumungen verhindern oder hinauszögern, indem sie Eigentum im Voraus auf andere Personen übertragen.

### ***Auswirkungen auf die Familie***

Die Ablehnung staatlicher Autorität oder empfohlener gesundheitlicher Maßnahmen kann direkte Auswirkungen auf Familienangehörige haben.

- Anhänger\*innen verweigern oder vermeiden teilweise Unterstützung durch Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.
- Routinemäßige oder dringende medizinische Untersuchungen, einschließlich Zahnarztbesuchen, Impfungen oder Kindervorsorgeuntersuchungen, werden vermieden oder hinausgezögert.

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

- „Alternative“ Schulbildung:

- ▶ Im deutschen Kontext bedeutet das, dass Eltern ihre Kinder dem regulären Schulunterricht entziehen, was gesetzlich verboten ist.
- ▶ Im kanadischen Kontext bedeutet das, dass Eltern ihre Kinder im Homeschooling unterrichten, aber nicht dem Lehrplan folgen, der in manchen Provinzen geregelt und vorgegeben wird.

- Es kann vorkommen, dass Eltern die Geburt eines Kindes nicht beim Standesamt registrieren, was langfristige rechtliche und soziale Konsequenzen für das Kind zur Folge haben kann.

## ***Pseudojuristische Taktiken und Dokumentenflut***

***Pseudorecht*** bezeichnet Ideen, Überzeugungen oder Praktiken, die fälschlicherweise so dargestellt werden, als ob sie auf anerkannten Rechtsprinzipien beruhen, tatsächlich jedoch keine gültige rechtliche Grundlage haben. Pseudojuristische Argumentationen weichen von etablierten juristischen Auffassungen und der geltenden Rechtsordnung ab, indem sie sich auf nichtexistierende Gesetze, Fehlinterpretationen bestehender Vorschriften oder auf überholte bzw. nicht mehr anwendbare Rechtsprinzipien stützen.

***Dokumentenflut***, auch bekannt als „Papierterrorismus“ oder „Vielschreiberei“, ist eine verbreitete Taktik, die im Zusammenhang mit Pseudorecht steht. Dabei handelt es sich um das massenhafte Zusenden von Schriftsätzen wie z. B. unbegründete Klagen oder irreführende Unterlassungsaufforderungen. Ziel ist es, staatliche Mitarbeiter\*innen einzuschüchtern oder zu schikanieren bzw. rechtsstaatliche Verfahren gezielt zu überlasten und zu verzögern.

- Anhänger\*innen überhäufen Behörden teils mit einem übermäßigen Maß an Schriftverkehr, um absichtlich Verwaltungsprozesse zu verlangsamen und staatliche Ressourcen zu binden.
- Hinhaltenaktiken oder Anträge, die unbegründet oder verwirrend sind, werden teilweise eingesetzt, um die Bearbeitung ihrer Fälle gezielt zu verzögern.
- Anstatt sich an die zuständige Behörde zu wenden, werden teilweise mehrere Institutionen auf verschiedenen Ebenen einbezogen, darunter auch Bundes- oder sogar internationale Stellen, um Abläufe zusätzlich zu verkomplizieren und zu überlasten.
- Typische pseudojuristische Taktiken können beinhalten:
  - Berufung auf Pseudorecht, um sich staatlichen Gesetzen oder Anordnungen zu widersetzen bzw. deren Gültigkeit zu bestreiten.
  - Erstellung und Nutzung gefälschter Dokumente, z. B. fingierte Ausweisdokumente, Führerscheine oder Verwaltungsunterlagen.

- Beantragung von Dokumenten, um eine bestimmte Herkunft nachzuweisen.
  - ▶ In Deutschland beantragen Souveränist\*innen z. B. einen Staatsangehörigkeitsausweis („Gelber Schein“). Dieses Dokument wird von manchen Anhänger\*innen als maßgeblich gesehen, um ihre „volle Rechtsfähigkeit“ zu sichern. Sie berufen sich damit auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) von 1913.
  - ▶ In Kanada geben sich manche Menschen mit anti-authority Überzeugungen fälschlicherweise als Indigene aus, weil sie glauben, dadurch eine besondere Form von Souveränität zu erlangen.
- Einführung oder Nutzung von Fantasiewährungen.
- Verwendung veralteter Begriffe und Bezeichnungen aus früheren Staatsformen oder Gesellschaftssystemen.
  - ▶ In Deutschland wird z. B. „Königreich Preußen“ als Geburtsland angegeben.
  - ▶ In Kanada wird z. B. auf die „Magna Carta“ als das „wahre“ geltende Gesetz verwiesen, eine königliche Urkunde, die 1215 von König Johann unterzeichnet wurde.
- Aufforderungen, bestimmte eigene Begrifflichkeiten zu verwenden.
  - ▶ In Deutschland fordern Anhänger\*innen z. B. als „natürliche Person“ und nicht als „juristische Person“ geführt zu werden.
  - ▶ In Kanada betrachten manche Anhänger\*innen den Namen auf ihrer Geburtsurkunde als Firmenkonstrukt und weigern sich, ihn anzuerkennen oder darauf zu antworten.

## ***Bedrohung und Beleidigungen***

Personen mit souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen verhalten sich mitunter aggressiv, um Behördenmitarbeiter\*innen einzuschüchtern, zu behindern oder herauszufordern.

### **Drohung, Einschüchterung und Gewalt**

- Verbale Angriffe, Drohungen und aggressives Verhalten richten sich häufig gegen Mitarbeiter\*innen in Verwaltungen, Ämtern, in der Justiz, Polizist\*innen und aus anderen Behörden. In extremen Fällen kann dies zu Gewaltandrohungen, Morddrohungen oder tatsächlichen Gewalttaten eskalieren.
- Pseudojuristische Taktiken werden ebenfalls zur Einschüchterung genutzt, etwa in Form von falschen Unterlassungsaufforderungen, die teilweise bis hin zu Androhungen von Hinrichtungen gesteigert werden, wenn den Forderungen nicht Folge geleistet wird.

### **Aufnahmen von Interaktionen**

- Interaktionen mit Behörden werden häufig gefilmt und anschließend online gestellt. Diese Aufnahmen dienen innerhalb der Bewegung als Anleitung im Umgang mit Behörden, aber auch als Mittel, um Druck gegenüber den betreffenden Institutionen auszuüben.
- Die Praxis kann zudem als Form des „Doxxings“ genutzt werden, bei der private Informationen online veröffentlicht werden, um die jeweilige Person zu bedrohen.

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

## **Sammlung persönlicher Informationen, Überwachung, Einschüchterung und Erpressung**

- Manche Anhänger\*innen sammeln gezielt persönliche Daten über Behördenmitarbeiter\*innen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt für vermeintliche „Verbrechen“ zur Rechenschaft zu ziehen.
- Solche Versuche betreffen teilweise auch Familienangehörige oder das soziale Umfeld von Behördenmitarbeiter\*innen, weil diese als „Mitwisser\*innen“ oder „Kompliz\*innen“ dieser staatlichen Verbrechen angesehen werden.
- Es kann vorkommen, dass Anhänger\*innen Behördenmitarbeiter\*innen zuhause aufsuchen oder zu anderen privaten Grundstücken fahren, um sie einzuschüchtern, Informationen zu sammeln oder sie zu überwachen.
- Mit pseudojuristischen Taktiken wird versucht, Behördenmitarbeiter\*innen zu manipulieren oder unter Druck zu setzen.
- Einzelne Anhänger\*innen geben sich manchmal als Rechtsanwält\*innen oder Behördenmitarbeiter\*innen aus, um gefälschte finanzielle oder rechtliche Forderungen an Behörden oder Mitarbeiter\*innen zu senden. Dazu wird versucht, vermeintliche rechtliche Grauzonen zu nutzen, um finanziellen Schaden anzudrohen.

- ▶ In Deutschland wurde in der Vergangenheit z. B. die sogenannte „Malta-Masche“ angewendet. Dabei wurden unberechtigte Geldforderungen gegen Behördenmitarbeiter\*innen im US-amerikanischen UCC-Register (Uniform Commercial Code) eingetragen und anschließend versucht, diese über ein maltesisches Inkassounternehmen als scheinbar rechtlich wirksam einzufordern. Dieses Vorgehen sollte die Betroffenen bedrohen und einschüchtern. Das Verfahren ist in Deutschland inzwischen außer Kraft gesetzt.
- ▶ In Deutschland und Kanada kommt es teilweise zu sogenannten SLAPP-Klagen („Strategic Lawsuit Against Public Participation“). Dabei handelt es sich um missbräuchliche Klagen, die darauf abzielen, Personen, von denen Anhänger\*innen sich bedroht fühlen, mit hohen Verfahrenskosten unter Druck zu setzen, bis sie ihre Kritik einstellen.

## **Umgang mit Anhänger\*innen**

### **Vorbereitungen**

Im Umgang mit Personen, die souveränistische oder anti-authority Überzeugungen vertreten, ist eine sorgfältige Vorbereitung hilfreich. Folgende Aspekte können mitgedacht werden:

- Festlegung des zeitlichen Rahmens (z. B. wie viel Zeit steht zur Verfügung oder soll dem Gespräch gewidmet werden?).
- Wird ein Folgetermin notwendig sein?

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

- Was ist das Hauptziel der Interaktion?
- Welche konkreten Punkte müssen geklärt werden?
- Welche Unterlagen, Beweise oder rechtlichen Nachweise sind zur Klärung des Sachverhalts erforderlich?
- Hat die Person in der Vergangenheit Drohungen ausgesprochen?
- Fühle ich mich sicher dabei, dieser Person allein zu begegnen?

▶ Es kann sinnvoll sein, Gespräche mit Anhänger\*innen mit zwei Mitarbeiter\*innen zu führen. Eine zweite Person kann sowohl unterstützen als auch die Situation bezeugen.

## Klare Kommunikation

- Es sollten klare Rahmenbedingungen für das Gespräch und den zeitlichen Ablauf der Interaktion kommuniziert werden. Zum Beispiel:

- ▶ „Unser Termin dauert bis 14 Uhr.“
- ▶ „Wir sind hier, um über ... zu sprechen.“

- Der Fokus sollte auf dem jeweiligen Fall liegen und das Gespräch sollte wenn nötig immer wieder auf das eigentliche Thema zurückgeführt werden.

- ▶ „Deswegen sind wir heute nicht hier. Lassen Sie uns zum Thema ... zurückkehren.“
- ▶ „Das wurde bereits gesagt, ist jedoch für den aktuellen Fall nicht relevant. Wir müssen über ... sprechen.“

- Es ist ratsam, möglichst transparent über die eigene Tätigkeit, den Ablauf und den zugrundeliegenden Sachverhalt zu informieren. Dies kann helfen, vorgefasste Meinungen über Verwaltungsmitarbeiter\*innen abzubauen, die als Teil einer Verschwörung und als nicht vertrauenswürdig angesehen werden.
- Eine klare, präzise und sachliche Ausdrucksweise sollte verwendet werden, auch in der schriftlichen Kommunikation.

▶ Zum Beispiel sollte deutlich gemacht werden, wenn ein Antrag abgelehnt wurde, und aus welchen rechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Gründen.

- Ein ruhiges Auftreten ist empfehlenswert. Es sollte vermieden werden, eine Verteidigungshaltung einzunehmen, da dies als persönlicher Angriff wahrgenommen werden kann.

- Es ist hilfreich, sich den eigenen Aufgabenbereich und die dienstlichen Zuständigkeiten immer wieder bewusst zu machen

- ▶ Zum Beispiel: Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, die Weltanschauung der betreffenden Person zu verändern. Aber es ist wichtig, die Person über die rechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Interaktion aufzuklären.

## **Verhaltensweisen und Taktiken abwehren**

Um einen geeigneten Umgang mit Personen zu finden, die pseudojuristische Taktiken oder Strategien anwenden, ist es entscheidend, die jeweilige Situation sorgfältig zu analysieren. Einige der folgenden Empfehlungen können sich gegenseitig widersprechen. Deshalb ist es wichtig, jede Situation individuell zu prüfen, um die beste Vorgehensweise zu wählen.

### ***Pseudojuristische Taktiken frühzeitig erkennen und zurückweisen***

- Wird der Einsatz pseudojuristischer Argumente oder Taktiken erkannt, sollte die betreffende Person direkt darüber informiert werden, dass diese Strategien weder anwendbar noch rechtlich gültig sind. Zusätzlich sollte auf die geltende Rechtsgrundlage verwiesen werden

- ▶ Beispiel aus dem kanadischen Kontext: „Ich handle auf Grundlage des Child, Youth and Family Enhancement Act. Dieses Gesetz ist in diesem Fall maßgeblich. Sie können es gerne selbst nachlesen.“

- Es sollte vermieden werden, innerhalb pseudorechtlicher Rahmen zu argumentieren oder die Bezeichnungen zu übernehmen.

- ▶ Beispielsweise kann die Verwendung erfundener Namen oder Titel unbeabsichtigt zur Legitimierung souveränistischer und anti-authority Aussagen beitragen.

- Pseudojuristische Taktiken unbeantwortet zu lassen, kann kontraproduktiv sein. In bestimmten Fällen ist es notwendig, die Autorität und die Legitimität der Institution durch geeignete rechtliche oder verwaltungsrechtliche Schritte zu verdeutlichen.
- Eine zeitnahe Reaktion oder ein zügiges Einschreiten können entscheidend sein, um zu verhindern, dass Verzögerungen als Unentschlossenheit, Erfolg oder Bestätigung interpretiert werden.

- ▶ Zum Beispiel kann die Verhängung eines Bußgelds wegen einer Ordnungswidrigkeit Jahre nach dem Vorfall den Eindruck erwecken, dass das Verhalten keine unmittelbaren Konsequenzen hatte.

---

## **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

- Auf unangemessene Forderungen sollte nicht eingegangen werden, um Ressourcen zu schonen.

▶ So sollte beispielsweise der Erhalt pseudojuristischer Dokumente nicht bestätigt werden, es sei denn, es besteht eine gesetzliche Verpflichtung dazu. Es können standardisierte Antworten verwendet werden, in denen die Unzulässigkeit oder Irrelevanz solcher Dokumente klar benannt wird und das geltende rechtliche Verfahren oder verwaltungsrechtliche Abläufe erläutert werden.

- Es sollte nicht von regulären Verfahren abgewichen werden, da dies den Eindruck erwecken kann, Anhänger\*innen hätten sich durchgesetzt.

▶ Zum Beispiel sollte eine Person nicht allein deswegen an eine höhere Instanz verwiesen werden, weil sie sich weigert, mit den eigentlich zuständigen Mitarbeiter\*innen zu kommunizieren.

### ***Empathische und respektvolle Gesprächsführung***

- Es ist sinnvoll, beim eigentlichen Sachverhalt zu bleiben und zu vermeiden, über die Ideologie zu diskutieren. Falls die Person abschweift, sollte das Gespräch sachlich auf das eigentliche Thema zurückgelenkt werden.

▶ Beispiel: „Sie hatten die Möglichkeit, Ihre Sichtweise auf den Staat darzulegen. Ich habe verstanden, was Sie sagen, aber wir sind in diesem Punkt unterschiedlicher Meinung. Dennoch müssen wir nun zum eigentlichen Anliegen, also [diesem Verwaltungsverfahren], zurückkehren.“

- Personen mit souveränistischen oder anti-authority Überzeugungen zu stigmatisieren, abzuwerten oder zu verurteilen, ist nicht hilfreich. Wenn stattdessen der Fokus auf empathische Kommunikation gelegt wird, können die Personen positive Erfahrungen mit dem Staat machen, die nicht ihre Erwartungen und Vorurteile bestätigen.

▶ Beispiel: Wenn eine Person erlebt, dass Behördenmitarbeiter\*innen ihr gegenüber freundlich und nicht abweisend auftreten, kann ihr das ein anderes Bild von Personen vermitteln, die für den Staat arbeiten. Das kann die Spirale aus negativen Erfahrungen brechen.

- Ernstgemeinte Nachfragen sollten im Idealfall in Ruhe beantwortet und legitime Anliegen ernstgenommen werden.
- Wenn respektvolle Kommunikation nicht möglich ist, kann es sinnvoll sein, das Gespräch zu beenden oder Unterstützung durch Kolleg\*innen in Anspruch zu nehmen.
- Aggressives Verhalten sollte nicht toleriert werden und je nach festgelegtem Schutzkonzept in der Behörde gemeldet und abgewendet werden.

# Handlungskompetenz verbessern

## Arbeitsprozesse erleichtern

- Das Bewusstsein für das Phänomen und das Wissen darüber sollte innerhalb der Behörde gefördert werden. Dazu lohnt es sich, Informationsmaterial und Schulungen über souveränistische und anti-authority Überzeugungen bereitzustellen.
- Standardisierte Formulare oder Textbausteine können helfen, mit pseudojuristischen Argumentationen umzugehen.
- Eine konsequente Vorgehensweise und die Entwicklung von standardisierten Abläufen im Umgang mit Anhänger\*innen kann eine wichtige Unterstützung für Mitarbeiter\*innen sein und zu ihrem Schutz beitragen.

## Sicherheitsmaßnahmen

- Je nach Risikolage können im Vorfeld verschiedene Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden:
  - ▶ Installation eines Alarmsystems, um bei einer Bedrohungslage andere zu alarmieren und Unterstützung zu erhalten.
  - ▶ Zutritt zum Gebäude nur bei vorheriger Terminvereinbarung erlauben.
  - ▶ Kolleg\*innen über Termine informieren, bei denen ein Risiko vermutet wird und die Tür geöffnet lassen, damit bei Bedarf schnell eingegriffen werden kann.
  - ▶ Den Sicherheitsdienst des Gebäudes oder die örtliche Polizei im Vorfeld informieren.
  - ▶ Eine zweite Person hinzuziehen, die unterstützen kann und die Situation bezeugen kann.
- Es sollte geprüft werden, in welchen Situationen ein polizeiliches Beisein erforderlich ist.
  - ▶ In Deutschland kann zum Beispiel auf Amtshilfe zurückgegriffen werden. Das bedeutet, dass Behörden die Unterstützung anderer Behörden anfordern können, wenn sie eine Verwaltungsmaßnahme nicht allein durchführen können (z. B. können Gerichtsvollzieher\*innen von der Polizei begleitet werden, wenn mit Widerstand zu rechnen ist).

## **3 Polizei und Sicherheitsbehörden**



Personen, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten, verweigern unter Umständen die Befolgung von Gesetzen, stellen die Autorität von Polizeibeamt\*innen infrage und nutzen pseudojuristische Taktiken, um rechtliche Verfahren zu behindern oder zu verzögern. Dabei können sie auch Institutionen, Behörden sowie einzelne Einsatzkräfte oder deren Familien bedrohen. Polizeiliche Kontakte mit Anhänger\*innen gestalten sich häufig zeitaufwendig. Es kann zu Konflikten und in seltenen Fällen auch zu gewaltsamen Eskalationen kommen.

### **Typisches Verhalten bei polizeilichen Maßnahmen**

#### ***„Ausflüchte“ aus rechtlichen Verpflichtungen durch pseudojuristische Taktiken***

- Missachtung von Verkehrsregeln oder anderen gesetzlichen Vorschriften.
- Verweigerung, die Polizei und polizeiliche Aufforderungen anzuerkennen oder zu kooperieren.
- Ablehnung der Gerichtsbarkeit, z. B. durch Ignorieren von Vorladungen oder gerichtlichen Anordnungen.
- Weigerung, amtliche Ausweisdokumente oder andere Nachweise (z. B. Versicherungsnachweis für ein Fahrzeug) mitzuführen oder vorzulegen.
- Berufung auf ungültige oder falsch ausgelegte Rechtsauffassungen wie die Weimarer Reichsverfassung von 1919, das „Seerecht“, „Naturrecht“ oder ähnliche Konstrukte zur Rechtfertigung dafür, geltende Gesetze nicht befolgen zu müssen.
- Verweigerung der Unterschrift unter Dokumente von Polizei oder Justiz, da dies aus ideologischer Sicht als Eingehen eines „Vertragsverhältnisses“ gewertet wird.

#### ***Filmen und Aufzeichnen von Kontakten***

Bei Begegnungen mit Polizei oder anderen staatlichen Stellen erklären sich betroffene Personen häufig selbst zu „Souveränen“ oder „freien Menschen“ und behaupten, die handelnden Behörden hätten keine Zuständigkeit. Eine gängige Taktik in diesem Zusammenhang ist das Filmen oder Aufzeichnen solcher Interaktionen mit folgenden Zielen:

- Beamt\*innen zu provozieren oder zu Fehlern zu verleiten, die später als „Beleg“ gegen die staatliche Autorität verwendet werden sollen.
- Polizist\*innen in ausufernde „Rechtsdiskussionen“ zu verwickeln, um die Kontrolle über die Situation zu gewinnen und das Geschehen im eigenen Sinne darzustellen.
- Videoaufnahmen im Internet zu veröffentlichen, um andere zu „informieren“, Desinformation zu verbreiten oder Behörden gezielt zu diskreditieren.

## ***Verzögerungs- oder Sabotagetaktiken***

- Einsatz von sogenannter Dokumentenflut z. B. durch massenhafte Einreichung unbegründeter Schriftsätze, Anzeigen und fingierter Klagen, Eintragung in ausländische Schuldnerverzeichnisse oder rechtsmissbräuchliche Geltendmachung angeblicher Pfandrechte auf Fahrzeuge, Immobilien oder das persönliche Eigentum von Polizeibediensteten und deren Angehörigen, meist als Vergeltungsmaßnahme oder Drohung.

## ***Verweigerung gesetzlicher Anordnungen***

Polizeikontakte entstehen häufig im Rahmen zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Maßnahmen, da Personen mit souveränistischer oder anti-authority Haltung nicht nur die Autorität von Polizei und Justiz ablehnen, sondern sich regelmäßig auch Auflagen und Anordnungen widersetzen. Typische Situationen für Polizeikontakte sind u. a.:

- Zwangsräumungen, Zwangsvollstreckungen, z. B. Weigerung, geräumte oder zwangsversteigerte Immobilien zu verlassen.
- Einzug von Waffenbesitzkarten oder Schusswaffen.
- Kinder- und Jugendhilfe, z. B. durch Weigerung, mit dem Jugendamt zu kooperieren, wenn eine Kindeswohlgefährdung vorliegt.
- Verweigerung behördlicher Auflagen, etwa bei Gastronomie, Kleingewerbe oder Bauvorhaben.
- Ziviler Ungehorsam bei Demonstrationen, häufig verbunden mit der Ablehnung von Versammlungsauflagen.
- Finanz- und Steuerdelikte, z. B. durch das Anbieten pseudojuristischer Steuerberatung, fingierte Steuerbefreiungen oder die Einreichung gefälschter Dokumente und Nachweise.

## ***Feindselige oder gewalttätige Reaktionen***

- Personen mit souveränistischen und anti-authority Überzeugungen können Polizeieinsätze als Bedrohung interpretieren und mit Einschüchterungsversuchen oder Gewalt reagieren. Es kann zu bewaffneten Auseinandersetzungen oder Gewaltausschreitungen z. B. bei Verkehrskontrollen kommen.
- In Einzelfällen kommt es zu gezielten Angriffen auf Polizei oder staatliche Institutionen, etwa durch Hinterhalte oder das gezielte Anlocken von Einsatzkräften an bestimmte Orte, um sie dort zu verletzen.

## **Ansätze und Strategien**

Ein wirksamer Umgang mit Personen, die souveränistische und anti-authority Überzeugungen vertreten, umfasst eine Kombination verschiedener Maßnahmen. Dazu gehören strategische Kommunikations- und Deeskalationstechniken, Sensibilisierung und Schulung von Einsatzkräften, die Einschätzung des Gefährdungspotenzials sowie das Wissen um vorhandene Unterstützungsangebote.

---

### **Souveränismus und Anti-Authority Extremism begegnen**

Ein Leitfaden für Berater\*innen, Behörden und Polizei

## ***Kommunikation und Deeskalation***

- Anhänger\*innen versuchen häufig, Einsatzkräfte in pseudojuristische Auseinandersetzungen zu verwickeln. Polizist\*innen sollten sich nicht auf diese Art von Diskussionen einlassen, sondern stattdessen sachlich auf die geltenden rechtlichen Rahmen und Verfahren auf Landes- oder Bundesebene verweisen.
- Teilweise bestehen Anhänger\*innen darauf, polizeiliche Maßnahmen zu filmen oder aufzuzeichnen. Grundsätzlich sollte davon abgesehen werden, dass alle Interaktionen aufgezeichnet werden könnten.
- Zudem sollte von einer Sprache abgesehen werden, die das Konfliktpotenzial erhöhen oder die Konfrontation zusätzlich verschärfen könnte.

## ***Training & Sensibilisierung***

- Spezifisches Einsatztraining wie z. B. Rollenspiele können hilfreich sein, um den Umgang mit Anhänger\*innen praxisnah zu üben.
- Um entsprechende Situationen besser einordnen und bewältigen zu können, ist es nützlich, wenn Einsatzkräfte pseudojuristische Argumentationsmuster, Taktiken, Schlüsselbegriffe und Verhaltensweisen erkennen können.
- Vor dem Einsatz bei Personen, bei denen souveränistische oder anti-authority Einstellungen bereits bekannt sind, ist es ratsam, eine Gefährdungsbewertung vorzunehmen. Das gilt insbesondere bei risikobehafteten Situationen wie Zwangsräumungen oder der Vollstreckung von Haftbefehlen.
- Bei Fällen, die als risikobehaftet eingestuft werden, sollten Einsatzkräfte mit erhöhter Wachsamkeit agieren und bei Bedarf zusätzliche Unterstützung anfordern.
- Um Einsätze für alle Beteiligten möglichst sicher zu gestalten, sollte auf Personen so zugegangen werden, dass das Risiko einer Eskalation geringgehalten wird.

- ▶ Beispiel: Sich Anhänger\*innen mit gezogener Waffe zu nähern, kann diese in ihrer Weltanschauung bestärken, dass „der Staat sie angreift“, und eine defensive Reaktion hervorrufen. In solchen Fällen kann geprüft werden, ob das Risiko einer Eskalation minimiert werden kann, indem z.B. die Waffe nicht direkt hervorgeholt wird (sofern sicherheitsrechtlich vertretbar) und der Person klar erklärt wird, warum der Einsatz stattfindet.

## ***Unterstützende Angebote und Zusammenarbeit***

- Es ist hilfreich, wenn Polizeibedienstete darüber informiert sind, welche unterstützenden Angebote es gibt, etwa psychosoziale Hilfsangebote, Beratungsstellen, Gewaltpräventionsprogramme oder Kompetenzworkshops.
- Wenn es passend oder angemessen ist, können Einsatzkräfte diese Informationen auch an betroffene Personen selbst oder deren Familienangehörige und ihr soziales Umfeld weitergeben.
- Diese Angebote können, wo möglich, als Maßnahmen kommuniziert werden, die dabei helfen, einer strafrechtlichen Entwicklung entgegenzuwirken.